

4.2.3 Demokratie lehren und lernen

Grundwissen

- Demokratieerziehung als Gewaltprävention _____ S. 2
- Erziehung zur Demokratie _____ S. 3
- Was ist Demokratiepädagogik? _____ S. 4
- Mitwirkung von Schülerinnen und Schülern _____ S. 5
- Demokratie in der Familie _____ S. 6
- Demokratie lernen in der Grundschule _____ S. 7
- Mitbestimmungswünsche der Kinder _____ S. 8
- Überlegungen zur Umsetzung _____ S. 9
- Die Materialien im Überblick _____ S. 11

Materialien

Für Lehrkräfte und Eltern

- M 1: Magdeburger Manifest zur Demokratiepädagogik _____ S. 14
- M 2: Klärungen _____ S. 15
- M 3: Formen von Partizipation _____ S. 16
- M 4: Anforderungen an Partizipation _____ S. 17
- M 5: Checkliste demokratische Kultur in der Schule _____ S. 18
- M 6: Demokratie in der Schule _____ S. 19
- M 7: Prinzipien für die Partizipation mit Kindern _____ S. 20
- M 8: Demokratisches Verhalten lernen _____ S. 21

Für den Unterricht

- M 9: Mitbestimmung zu Hause _____ S. 22
- M 10: Mitbestimmung in der Schule _____ S. 24
- M 11: Demokratieprofil _____ S. 26
- M 12: Was meinst Du dazu? _____ S. 27

Für die Schule

- M 13: Nonverbale Beteiligungsmöglichkeiten _____ S. 28
- M 14: Verbale Beteiligungsmöglichkeiten _____ S. 29
- M 15: Kleine und große Versammlungen _____ S. 30



Dieser Baustein zeigt, wie „Demokratie lehren und lernen“ in der (Grund-) Schule verankert werden kann, auf welche Prinzipien geachtet werden muss und welche praktischen Umsetzungsmöglichkeiten bestehen.

Demokratieerziehung als Gewaltprävention

Erziehung zur Demokratie kann und muss bereits in der Grundschule beginnen, denn Demokratieerziehung ist nicht nur für den Bestand einer Demokratie äußerst wichtig, sondern sie erweist sich auch als ein wirkungsvolles Instrument der Gewaltprävention. Demokratie ist nicht nur eine Staatsform, sondern vor allem auch eine Lebensform. Die Einführung und Verankerung von Demokratieerziehung und die Schaffung von demokratischen Schulstrukturen haben unmittelbar positive Auswirkungen auf gewaltpräventive Maßnahmen. Leider werden diese Zusammenhänge bislang viel zu wenig in der Schulpraxis aufgegriffen und umgesetzt. Eine internationale Vergleichsstudie zur politischen Bildung und politischen Handlungsbereitschaft von 14-jährigen Jugendlichen kommt zum Ergebnis, dass deutsche Schülerinnen und Schüler nur geringes Interesse und wenige Möglichkeiten haben sich in der Schule zu beteiligen. Im Bereich der schulischen Partizipation rangiert Deutschland auf den letzten Plätzen der untersuchten Länder. Es zeigt sich auch hier, dass Gewaltprävention keine Symptombehandlung ist und auch keine Bereitstellung von Rezepten für kritische Situationen bedeutet, sondern ein umfassender Ansatz, der in die Lernkultur und Demokratisierung von Schule einfließt.

Schülerinnen und Schüler machen von Mitwirkungsmöglichkeiten nur wenig Gebrauch.

Eine 2005 von der Bertelsmann Stiftung veröffentlichte Studie über Kinder- und Jugendpartizipation in Deutschland bilanziert: „Zusammengefasst lässt sich feststellen, dass die Kinder und Jugendlichen von den Mitwirkungsmöglichkeiten in der Schule (die allerdings auch nicht sehr reichlich bemessen sind) relativ wenig Gebrauch machen. Dabei spielen die repräsentativen Formen (Schülermitverwaltung, Schülervertretung), die von den Schulleitungen favorisiert werden, aus Sicht der Schüler nur eine untergeordnete Rolle. (...) Die wichtigsten Einflussgrößen, welche die Partizipation in der Schule bestimmen, sind die Zufriedenheit der Kinder und Jugendlichen mit dem Ergebnis und dem Prozess ihres Mitwirkens sowie mit dem Klima, das in der Schule herrscht.“

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Kinder- und Jugendpartizipation in Deutschland. Gütersloh 2005, S. 22.

„Es gibt einen grundlegenden und empirisch nachgewiesenen Zusammenhang zwischen Demokratieerfahrung und Gewaltverzicht: Wenn Kinder und Jugendliche die Erfahrung machen, dass in Schule und Erziehung Mitwirkung, demokratisches Handeln und Verantwortungsübernahme erwünscht sind und als wichtig anerkannt werden, sind sie für Gewalt und Rechtsextremismus weniger anfällig als Jugendliche, denen diese Erfahrung versagt bleibt. Die Schule verfügt hier also über eigene, grundlegende und nachhaltig wirksame Mittel und Möglichkeiten.“

Wolfgang Edelstein / Peter Fauser: Demokratie lernen und leben. Bund Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung. Materialien zur Bildungsplanung und Forschungsförderung. 96/2001, S. 20.

Erziehung zur Demokratie

„Partizipation“ ist neben „Öffentlichkeit“ der wichtigste Grundpfeiler jedes demokratischen Gemeinwesens. Unter Partizipation ist zu verstehen, dass die Bürger das Gemeinwesen aktiv mitgestalten, dass sie in allen sie betreffenden Belangen mitwirken, mitentscheiden und Verantwortung übernehmen. Das gilt nicht nur für die Erwachsenen, sondern auch und in besonderem Maße für Kinder und Jugendliche als gleichberechtigte Mitglieder des Gemeinwesens. Denn eine aktive Mitwirkung in ihren Lebensbereichen – sei es in Familie, Schule, Freizeit, Verein oder Gemeinwesen insgesamt – festigt ihr Selbstvertrauen und trägt so zu ihrer Persönlichkeitsentwicklung sowie zur Bildung ihres politischen Bewusstseins bei. Sie stärkt ihre Identifikation mit dem Gemeinwesen und dessen Institutionen, erweitert ihre Handlungsmuster und dient auf diese Weise ihrer sozialen und gesellschaftlichen Integration. In diesem Sinne ist Partizipation auch ein Mittel der Erziehung zur Demokratie.

Viele Erwachsene – in der Politik und in der Erziehung – verstehen unter Partizipation nur, dass man Kinder und Jugendliche zu Wort kommen lässt und ihnen Gehör schenkt. So wird oft die Anwesenheit von Kindern oder Jugendlichen bei politischen Veranstaltungen, Anhörungen und Podiumsdiskussionen schon als Partizipation ausgegeben. Tatsächlich aber dienen sie dabei häufig nur als Staffage, als Dekoration und somit als Alibi. Erst wenn Kinder und Jugendliche an Entscheidungen mitwirken, die sie betreffen, wenn sie in wichtigen Belangen mitbestimmen und auf diese Weise aktiv ihre Lebensbereiche mitgestalten, kann von Partizipation im eigentlichen Sinne gesprochen werden.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Kinder- und Jugendpartizipation in Deutschland. Daten, Fakten, Perspektiven. Gütersloh 2005, S. 7.

Konvention über die Rechte des Kindes der Vereinten Nationen: Art. 12

„Die Vertragsstaaten sichern dem Kind, das fähig ist, sich eine eigene Meinung zu bilden, das Recht zu, diese Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äußern, und berücksichtigen die Meinung des Kindes angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner Reife.“

Mitbestimmung

Die Mitbestimmungsmöglichkeiten in der Schule sind aus Sicht der Schülerinnen und Schüler eher gering. Vor allem bei der Schulhofgestaltung, der Auswahl der Lektüre im Deutschunterricht, der Themenbestimmung für Projektwochen und dem Ziel der Klassenfahrt können die Kinder nach eigener Ansicht wenig mitentscheiden. Entsprechend wünschen sie sich auch mehr Einfluss auf Klassenfahrten, Unterrichtsthemen und Hausaufgaben.

LBS-Initiative Junge Familie: LBS-Kinderbarometer 2004. Stimmungen, Meinungen, Trends von Kindern und Jugendlichen in NRW. Münster 2005, S. 6.

Grundwissen

Was ist Demokratiepädagogik?

Versuch einer operativen Bestimmung

Demokratiepädagogik umfasst pädagogische, insbesondere schulische und unterrichtliche Aktivitäten zur Förderung von Kompetenzen, die Menschen benötigen,

- um an Demokratie als Lebensform teilzuhaben und diese aktiv in Gemeinschaft mit anderen Menschen zu gestalten;
- um sich für Demokratie als Gesellschaftsform zu engagieren und sie durch partizipatives Engagement in lokalen und globalen Kontexten mitzugestalten;
- um Demokratie als Regierungsform durch aufgeklärte Urteilsbildung und Entscheidungsfindung zu erhalten und weiter zu entwickeln.

Um ihre Aufgaben zu erfüllen, erfordert Demokratiepädagogik

- schulische und außerschulische Erfahrungs- und Handlungsfelder. Diese demokratieförderlich zu gestalten und zu nutzen ist Aufgabe aller an Unterricht und Schulleben beteiligten Personen und Gruppen.
- Kenntnisse und Wissensbestände als Grundlage für Urteils- und Entscheidungsfähigkeit. Dies ist vor allem die Aufgabe des politischen Unterrichts in fachlichen, fächerübergreifenden und projektdidaktischen Kontexten.
- Kompetenzen für demokratisches und politisches Handeln. Dies ist vor allem die Aufgabe einer schulischen Lernkultur, die durch die Gestaltung des Schullebens und durch Kooperation mit außerschulischen Partnern Lerngelegenheiten zur Partizipation, zur Übernahme von Verantwortung und zur Mitarbeit im Gemeinwesen bietet.
- Demokratische Werte, Orientierungen und Einstellungen. Durch Unterricht und Schulleben sollen Kinder und Jugendliche soziale Kompetenzen, Orientierungen und persönliche Einstellungen entwickeln können, die dazu beitragen, die Bedeutung der für ein demokratisches Gemeinwesen konstitutiven Werte zu verstehen, diese in Entscheidungssituationen kritisch zu reflektieren und sie gegen demokratiekritische Einwände mit Argumenten zu verteidigen.

Wolfgang Edelstein, www.degede.de

Verständnis von Demokratie

Demokratie als ... Staatsform

- Gewaltenteilung
- Rechtsstaatlichkeit
- Parlamentarismus

Politisches Prinzip

- Legitimation von Macht
- Mehrheitsprinzip
- Freiheit

Lebensform

- Teilhabe an Entscheidungen
- Demokratie in allen Lebensbereichen
- Demokratisches Bewusstsein

Grundwissen

Mitwirkung von Schülerinnen und Schülern

Mitwirkung bedeutet, die Möglichkeit zu haben, eigene Vorstellungen in einen Prozess einzubringen und ihn dadurch mitzugestalten. Mitwirkung kann und darf sich dabei nicht auf verfasste Gremien beschränken, so wichtig sie sind.

Partizipation bedeutet die direkte Beteiligung (zumindest die Möglichkeit dazu) von Schülerinnen und Schülern am Unterricht, wie auch im außerunterrichtlichen Schulgeschehen. Sie bedeutet auch die Beteiligung und Mitarbeit an Gruppen, Arbeitsgemeinschaften und Gremien der Schule.

Partizipation wird von Thomas Jaun als eine verbindliche Einflussnahme von Schülerinnen und Schülern auf Planungs- und Entscheidungsprozesse, von denen sie betroffen sind, verstanden. Es geht also nicht nur um Anhörungs- und Beratungsmöglichkeiten, sondern auch um Entscheidungsrechte.

Die Formen schulischer Partizipation kann man in repräsentative (in der Regel verfasste) Elemente (Schülersprecher, Schülerrat, Schulkonferenz) und plebiszitäre (Mitwirkung im Unterricht, Klassenrat, Vollversammlung ...) unterteilen. Bei den plebiszitären Elementen der schulischen Partizipation werden nicht nur ausgewählte Personen, sondern alle Personen (einer Klasse oder Schule) in den Entscheidungsprozess einbezogen.

Vgl. Dirk Richter: *Partizipation in Schule – Illusion oder Wirklichkeit*. In: Mike Seckinger (Hrsg.): *Partizipation – ein zentrales Paradigma*. Tübingen 2006, S. 141 ff.

Formen schulischer Partizipation

| | repräsentativ | plebiszitär |
|----------------|--------------------------------------|---|
| verfasst | Gremien (Schulkonferenz, Schülerrat) | Vollversammlung, Schülerrechte (z.B. Informationsrecht) |
| nicht verfasst | | Mitwirkung im Unterricht, Klassenrat, Arbeitsgemeinschaften |



Grundwissen

Vermutungen über die Gründe geringer schulischer Partizipation

- Frontalunterricht als Unterrichtsform macht Schülerinnen und Schüler zu Konsumenten des Unterrichtsgeschehens.
- Lernen wird als Reproduktion von Wissen verstanden.
- Das eigentliche Unterrichtsgeschehen wird von Lehrerinnen und Lehrern bestimmt und gesteuert.
- Verinnerlichung von Denk- und Verhaltensweisen die diesem Lernstil entsprechen.
- Die Schülerrolle wird nicht als aktive, selbstbestimmte Rolle verstanden.
- Effektivitätsdenken vieler Lehrerinnen und Lehrer.

Demokratie in der Familie

Kann eine Familie demokratisch sein? Müssen Eltern nicht in Verantwortung und Fürsorge für ihre Kinder Entscheidungen treffen. Ist Erziehung nicht immer mit einem „Machtgefälle“ verbunden und wissen Eltern nicht am Besten, was für ihr Kind gut ist?

Dennoch lohnt es sich, darüber nachzudenken, was Partizipation von Kindern in der Familie bedeuten kann. Ob die Anerkennung des Kindes als eigenständige Person auch die Anerkennung seines Willens und seiner Bedürfnisse bedeutet?

Dorothea Fuckert nennt als wichtigste Voraussetzung für spätere Demokratiefähigkeit das Erwünschtsein und Willkommensein eines Kindes in der Familie. Die Förderung von Autonomie als „Selbstregulation“ des Kindes steht an zweiter Stelle.

„Selbstregulation“, so die aktuelle Definition von Dorothea Fuckert, „ist zu verstehen als Gegensatz zu einem sich einmischenden, versagenden, kontrollierenden, autoritären Umgang mit Kindern einerseits und antiautoritärer, nachlässiger, laissez-faire- oder benutzender Haltung andererseits. (...) Selbstregulation ist das Instrument des Zusammenlebens mit Kindern, welches eine reife und gesunde psychosoziale Persönlichkeitsentwicklung ermöglicht und damit auch Demokratiefähigkeit“.

Christian Büttner: Demokratie und Erziehung. HSFK-Report. 3/2001, Frankfurt M.

Der Familienrat – ein Vorschlag

Wichtige Entscheidungen, aber auch Konflikte sollten im Familienrat besprochen werden.

Hier einige Anregungen:

- Alle Familienmitglieder sollten anwesend sein.
- Es sollten regelmäßige Gespräche stattfinden (ein Mal in der Woche / Monat?).
- Entscheidungen sollten einstimmig getroffen werden, niemand sollte überstimmt werden.
- Es wird jedesmal eine andere Gesprächsleitung bestimmt.
- Ausreden lassen, nicht unterbrechen.
- Hören was gesagt wird, und nicht bewerten oder gar abwerten.
- Alle Äußerungen und Meinungen ernst nehmen.
- Nicht die eigene Macht oder Stärke ausspielen.
- Keine Beschuldigungen vorbringen, sondern Wünsche formulieren.
- Alle Lösungsvorschläge sammeln, erst dann darüber im Einzelnen reden.
- Alle sind für die Einhaltung der Gesprächsregeln und Entscheidungen verantwortlich.
- Die Entscheidungen dürfen nur auf der nächsten Familiensitzung geändert werden.

Was steht der Partizipation von Kindern im Weg?

Fünf Hürden:

- Mangelndes Zutrauen zu den Kindern;
- Mangelnde methodische Kompetenzen der Erwachsenen;
- Ängste der Erzieherinnen und Erzieher;
- Unklarheit über die eigene Rolle;
- Strukturelle Hindernisse.

Rüdiger Hansen / Raingard Knauer / Bianca Friedrich: Die Kinderstube der Demokratie. Partizipation in Kindertageseinrichtungen. Kiel 2004, S. 74.



Demokratie lernen in der Grundschule

Demokratie lernen kann in jeder Schulart und in jeder Schulstufe stattfinden. Es ist nie zu früh damit zu beginnen. Demokratie lernen ist auch hier keine Frage der formellen, institutionalisierten Mitwirkungs-gremien, sondern vollzieht sich über Möglichkeiten der Beteiligung, Verantwortungsübernahme und Zugehörigkeit.

Demokratie lernen heißt in der Grundschule Demokratie leben, sie auf der Ebene der Regelung von alltäglichen Angelegenheiten anzuwenden. Dabei geht es darum, eigene Interessen und Bedürfnisse erkennen und formulieren zu können, die Vorstellungen, Meinungen und Bedürfnisse von anderen wahrzunehmen und zu einem Interessenausgleich zu kommen. Dies erfordert Einfühlungsvermögen und Kompromissbereitschaft. Wechselseitige Anerkennung und Respekt sind die Grundlagen hierfür. Eltern und Lehrerinnen und Lehrer sind hierbei für die Kinder Modelle.

Klassenrat

Im Klassenrat lernen die Kinder sich gegenseitig zuzuhören, andere Meinungen zu bedenken und nach Lösungen in Konfliktsituationen zu suchen. Es werden Probleme besprochen und Regeln für das Miteinander aufgestellt. Regelmäßig (einmal pro Woche) werden Probleme der Klasse besprochen, die Klasse selbst wird zum Thema gemacht. Bei großen Problemen können hier auch Moderatoren von außen hinzugeholt werden. Alle größeren Streitigkeiten werden im Kreis diskutiert. Anschließend wird gemeinsam nach Lösungsmöglichkeiten gesucht. Um den Klassenrat zu unterstützen, wurde von verschiedenen Schulen sog. Klassenverträge ausgearbeitet. Das sind Regeln des Umgangs, die von Schülerinnen und Schüler selbst erarbeitet werden.

Sir Karl Popper Schule

Die Schule legt besonderen Wert auf die Lehrer-Schüler-Kommunikation:

Das Popperforum

Einmal pro Vierteljahr wird das Popperforum einberufen, in dem jeder (Eltern, Schüler, Lehrer) im Beisein des Direktors seine Vorschläge zur Verbesserung der Schule einbringen kann.

Das Contracting

Das Contracting (Vertrag) ist eine Übereinkunft zwischen Schülern und Lehrer, die am Anfang des Jahres getroffen wird und die Lernziele des Faches festlegt. Auch werden die Beurteilungskriterien, Erwartungen und Verpflichtungen darin niedergeschrieben, um im Falle einer Notendiskussion eine fundierte Grundlage zur Notenfindung zu besitzen.
<http://de.wikipedia.org/wiki/Sir-Karl-Popper-Schule>

Demokratie lernen in der Grundschule

1. Schülerinnen und Schüler regeln ihre Konflikte selbst. Dies erfolgt über Mediationsgespräche, die gemeinsame Entwicklung von Rechten und Pflichten (Rechten- und Pflichtenheft) für Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrkräfte.
2. Schülerinnen und Schüler planen und gestalten Unterricht und Schulleben mit. Grundhaltung sind Gewaltfreiheit und Erziehung zum friedlichen Miteinander.
3. Klassenräte und Schülerparlamente sind oder werden Teil des Schullebens und sind Organe realer Mitbestimmung. Unterricht verändert sich durch offene Unterrichtsformen, Werkstattunterricht, Projektunterricht, Wochenplanarbeit.

Helmolt Rademacher: Mediation und Partizipation im Programm „Demokratie lernen und leben“. In: Spektrum der Mediation 20/2005, S. 45 f.

Grundwissen

Mitbestimmung im Gemeinwesen

- 61 % der Kinder möchten bei Entscheidungen in ihrer Stadt beziehungsweise ihrer Gemeinde gerne mitreden.
- 38 % der Kinder fühlen sich alt genug zu wählen. Viele Kinder, die sich zum Wählen noch zu jung fühlen, möchten in ihrer Kommune aber trotzdem mitreden.
- Fast zwei Drittel der Kinder, die sich gerne kommunal beteiligen würden, kennen keine Ansprechpartner dafür.
- Mehr als die Hälfte der Kinder glaubt, dass in ihrer Kommune die Meinung von Kindern nicht ernst genommen wird. Dieser Glaube steigt mit zunehmendem Alter noch an.
- Kinder- und Jugendgremien sind den Kindern weitgehend unbekannt, beinahe unabhängig davon, ob es in der Kommune ein solches Gremium gibt oder nicht.
- Nur ein Drittel der Kinder kennt kommunale Beteiligungsangebote.
- Kinder mit niedrigem Sozialstatus sind über Beteiligungsangebote am wenigsten informiert.
- Mehr als die Hälfte der Kinder zöge zeitlich begrenzte Beteiligungsangebote institutionellen Angeboten vor.
- Bekannte Jugendgremien steigern das Gefühl der Kinder, ernst genommen zu werden, die Bereitschaft sich zu beteiligen und die Bekanntheit von kommunalen Ansprechpartnern.
- Kinder, die sich ernst genommen fühlen, haben am Wohnort ein höheres Wohlbefinden.

LBS-Initiative Junge Familie: LBS-Kinderbarometer 2004. Stimmungen, Meinungen, Trends von Kindern und Jugendlichen in NRW. Münster 2005, S. 94 f.

Mitbestimmungswünsche der Kinder

Eine repräsentative Umfrage unter Kindern (ab der 4. Schulklasse) in Nordrhein Westfalen über Mitbestimmungswünsche der Kinder in der Schule brachte folgende Rangliste. Es waren keine Antworten vorgegeben. Mehrfachnennungen waren möglich.

| | |
|---------------------------|------|
| Ausflüge / Klassenfahrten | 17 % |
| weiß nicht | 13 % |
| Lerninhalte / Themen | 12 % |
| Hausaufgaben | 10 % |
| Schulhofgestaltung | 7 % |
| Schulzeiten | 7 % |
| Lehrkräfte | 6 % |
| Abläufe in der Klasse | 6 % |
| nichts | 6 % |
| Sport | 4 % |
| Zeugnis / Arbeiten | 4 % |
| Gestaltung der Schule | 4 % |
| sonstiges | 3 % |

*LBS-Initiative Junge Familie: LBS-Kinderbarometer 2004. Stimmungen, Meinungen, Trends von Kindern und Jugendlichen in NRW. Münster 2005, S. 34.
Repräsentative Untersuchung von Kindern in NRW. Erhebung im Frühjahr 2004. Altersgruppe 9 - 14 Jahre (Kinder der 4. - 7. Klassen befragt).
N = 2348 Kinder aus 97 Schulklassen in ganz NRW.
LBS-Kinderbarometer 2004.*



Überlegungen zur Umsetzung

Wer Gewaltprävention will, kommt an Demokratieerziehung nicht vorbei. Die Entwicklung einer demokratischen Schulkultur ist ein starker Ansatz für Gewaltprävention und sollte in einer Demokratie eine Selbstverständlichkeit für jede Schule sein. Der Schulalltag bringt viele Gelegenheiten mit sich, demokratisches Verhalten auf den Prüfstand zu stellen: Wie werden Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen gefällt und begründet? Wie wird mit Konflikten umgegangen? Werden Fairnessregeln eingehalten? Werden legitime Rechte von Minderheiten geachtet? Wird Diskriminierung verhindert? Vielfältige Formen der Beteiligung können in den normalen Unterricht integriert werden und auf Klassen- und Schulebene geht es darum, Möglichkeiten angemessener Partizipation zu entwickeln und zu verwirklichen. Dies bedeutet, dass Schule und Unterricht sich auf den Weg zu einer demokratischen Schule machen müssen, in der Eltern, Lehrkräfte und Schüler gemeinsam wichtige Entscheidungen treffen.

Lehrkräfte und Eltern

Natürlich können einzelne Elemente einer Demokratieerziehung (wie z.B. der Klassenrat) von einer Schulklasse eingeführt werden, ohne dass weitergehende Entscheidungen oder Beteiligungsformen diskutiert werden oder notwendig erscheinen. Sinnvoller ist es jedoch, die mit Demokratieerziehung zusammenhängenden Fragen aufzugreifen und zu klären.

- Die Notwendigkeit und Ausgestaltung von Demokratieerziehung wird in M 1 erläutert.
- Was unter Demokratie zu verstehen ist und welche Grundprinzipien in der Schule mit Inhalt gefüllt werden sollen, ist zu klären (M 2).
- Die Anforderungen an und Möglichkeiten der Partizipation sollten offen diskutiert werden (M 3, M 4, M 7).
- Unterricht und Schule können einem „Demokratiecheck“ unterzogen werden (M 5).
- Die Ansatzpunkte für das Erlernen demokratischen Verhaltens sollten identifiziert werden (M 6, M 8).

Unterricht

- Das Thema Beteiligung kann auch im Unterricht ausdrücklich thematisiert werden. Dabei ist zu klären, bei welchen Punkten Kinder zuhause und in der Schule mitreden und mitentscheiden können. Untersuchungen zeigen, dass hier die Meinungen der Kinder und die von Eltern und Lehrkräften auseinandergehen (M 9 – 10).

Grundwissen

Demokratie leben und lernen berührt nicht nur die Bereiche Partizipation und Mitbestimmung. Der Schutz von Minderheiten, Achtsamkeit und Respekt, Solidarität und Gerechtigkeit, Diskussion und Zivilcourage sind ebenso zentrale Elemente. Und natürlich lebt jede Demokratie auch von einer Streitkultur und konstruktiven Bearbeitung von Konflikten.

Der Schülerrat

Die Klassen 1 bis 4 wollen einen Schülerrat wählen. Jeder Schüler soll eine Stimme haben. Die Schüler der 4. Klasse sagen jedoch, dass sie mehr Stimmen bekommen müssten, da sie älter seien. Was tun?

- Einfache Rückmelde- und Beteiligungsformen einzuführen und Meinungen ernst zu nehmen sind erste Instrumente im Rahmen von Demokratie lernen (M 11).
- Problem- oder Dilemmasituationen zu besprechen und nach Handlungsmöglichkeiten zu fragen, bzw. diese in Rollenspielen spielen zu lassen sensibilisieren für spezifische Aspekte demokratischen Lernens (M 12).

Die gesamte Schule

Auch für die Grundschule sind eine Reihe von erprobten nonverbalen und verbalen Beteiligungsmöglichkeiten verfügbar (M 13, M 14).

Alle Schulgremien können getrennt und/oder gemeinsam überlegen, vorschlagen und beschließen, welche Instrumente sie in der Schule einführen und erproben wollen (M 15). Bewährt haben sich Morgenkreis, Klassenvertreter, Klassenrat und Schulversammlung. Die Erarbeitung und Verabschiedung von Regeln des Zusammenlebens ist hilfreich, um einen Orientierungsrahmen zu schaffen (vgl. Baustein „Regeln etablieren“).

Grundwissen**Ergänzende Bausteine****4.2.4 Regeln etablieren**

Die Materialien im Überblick

FÜR LEHRKRÄFTE UND ELTERN

| Materialien | Beschreibung | Vorgehen |
|---|---|---|
| M 1: Magdeburger Manifest zur Demokratie-pädagogik | Das 2005 veröffentlichte Magdeburger Manifest zur Demokratie-pädagogik im Volltext. | Das Manifest bietet eine grundlegende Orientierung über den Stellenwert der Demokratie-erziehung in der Schule. |
| M 2: Klärungen | M 2 stellt zehn grundsätzliche Fragen zur Demokratie und Demokratieerziehung. | Anhand von M 2 können notwendige inhaltliche Klärungsprozesse diskutiert werden. |
| M 3: Formen von Partizipation | M 3 benennt repräsentative, offene und projektorientierte Formen der Kinder-Beteiligung. | Welche der beschriebenen Formen der Beteiligung sind für die Grundschule denkbar? |
| M 4: Anforderungen an Partizipation | M 4 benennt grundsätzliche Anforderungen an die Umsetzung von Demokratieerziehung. | Die Standards sollten kritisch diskutiert und auf ihre Realisierbarkeit hin überprüft werden. |
| M 5: Checkliste demokratische Kultur in der Schule | Die Checkliste thematisiert die Bereiche Diskussionskultur, Eigenverantwortung und Partizipation. | Mit Hilfe der Checkliste kann die vorfindbare Praxis überprüft werden. |
| M 6: Demokratie in der Schule | Das Schaubild von M 6 zeigt die Verknüpfung von demokratischen Erfahrungen und persönlichen Beziehungen. | M 6 veranschaulicht die Verknüpfung von politischer Bildung, sozialem Lernen und Schulentwicklung |
| M 7: Prinzipien für die Partizipation mit Kindern | M 7 beschreibt Prinzipien für die Partizipation mit Kindern wie „Begleitung“, „Gleichberechtigter Umgang“, „Verbindlichkeit“, ... | M 7 dient der Qualifizierung und Diskussion von Lehrkräften und Eltern. |
| M 8: Demokratisches Verhalten lernen | M 8 gibt einen Überblick über mögliche Lernsituationen und Lernanforderungen. | Mit Hilfe von M 8 können konkrete Zugangsweisen für Demokratie lernen erarbeitet werden. |

Grundwissen

| Materialien | Beschreibung | Vorgehen |
|--|--|---|
| M 9: Mitbestimmung zu Hause – 1 | M 9 fragt nach Formen der Mitbestimmung im Elternhaus. | Der Bogen wird in Einzelarbeit ausgefüllt und gemeinsam besprochen. (Der Fragebogen kann auch von Eltern ausgefüllt werden.) |
| M 9: Mitbestimmung zu Hause – 2 | M 9 zeigt empirische Ergebnisse zu den Fragen von M 9 – 1. | Diese Ergebnisse sind weniger für die Kinder, als für die Lehrkräfte und Eltern interessant. |
| M 10: Mitbestimmung in der Schule – 1 | M 10 fragt nach Mitbestimmungsmöglichkeiten der Schülerinnen und Schüler aus ihrer Sicht. | Der Fragebogen wird in Einzelarbeit ausgefüllt und gemeinsam besprochen. An welchen Punkten würden Kinder gerne mehr Mitgestaltungsmöglichkeiten haben? |
| M 10: Mitbestimmung in der Schule – 2 | M 10 zeigt empirische Ergebnisse zu den Fragen von M 10 – 1 und die unterschiedlichen Sichtweisen von Lehrkräften und Schülerinnen und Schülern. | Diese Ergebnisse können von den Lehrkräften für die Überprüfung und Fortentwicklung der eigenen Praxis verwendet werden. |
| M 11: Demokratieprofil | M 11 greift die Bereiche „Klasse“, „Lernen“, Lehrkräfte“ und „gesamte Schule“ auf und fragt nach Beteiligungsmöglichkeiten. | M 11 wird auf die Tafel (oder ein Plakat) übertragen. Die Kinder markieren mit Punkten ihre Meinung. |
| M 12: Was meinst Du dazu? | M 12 beschreibt drei Szenen, in denen nach möglichen Verhaltensweisen und deren Bewertung gefragt wird. | Die Szenen werden in der Klasse besprochen und in Form von Rollenspielen nachgespielt. Die Begründungen für die jeweiligen Meinungen werden ausführlich diskutiert. |

| | Materialien | Beschreibung | Vorgehen |
|--------|---|--|---|
| Schule | M 13: Nonverbale Beteiligungsmöglichkeiten | M 13 gibt einen Überblick über „nonverbale“ Möglichkeiten der Meinungsäußerung und Mitentscheidung. | Aus der Übersicht sollten von den Lehrkräften für den „normalen“ Unterricht sowie für außergewöhnliche Entscheidungen konkrete Möglichkeiten ausgewählt werden. |
| | M 14: Verbale Beteiligungsmöglichkeiten | M 14 stellt neun Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder vor. | Diese Beteiligungsmöglichkeiten sollten abwechselnd im Unterricht erprobt werden. |
| | M 15: Kleine und große Versammlungen | M 15 stellt in einem Erfahrungsbericht verschiedene Arten von „Versammlungen“ als demokratische Formen für Kinder vor. | Welche Formen können für die eigene Klasse und Schule gefunden und eingeführt werden? |

Grundwissen

M1 Magdeburger Manifest zur Demokratiepädagogik

1. Demokratie ist eine historische Errungenschaft. Sie ist kein Naturgesetz oder Zufall, sondern Ergebnis menschlichen Handelns und menschlicher Erziehung. Sie ist deshalb eine zentrale Aufgabe für Schule und Jugendbildung. (...)

4. Demokratie als Lebensform bedeutet, ihre Prinzipien als Grundlage und Ziel für den menschlichen Umgang und das menschliche Handeln in die Praxis des gelebten Alltags hineinzutragen und in dieser Praxis immer wieder zu erneuern. Grundlage demokratischen Verhaltens sind die auf gegenseitiger Anerkennung beruhende Achtung und Solidarität zwischen Menschen unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Alter, ethnischer Zugehörigkeit, Religion und gesellschaftlichem Status.

5. Politisch wie pädagogisch beruht der demokratische Weg auf dem entschiedenen und gemeinsam geteilten Willen, alle Betroffenen einzubeziehen (Inklusion und Partizipation), eine abwägende, am Prinzip der Gerechtigkeit orientierte Entscheidungspraxis zu ermöglichen (Deliberation), Mittel zweckdienlich und sparsam einzusetzen (Effizienz), Öffentlichkeit herzustellen (Transparenz) und eine kritische Prüfung des Handelns und der Institutionen nach Maßstäben von Recht und Moral zu sichern (Legitimität).

6. Demokratie lernen und Demokratie leben gehören zusammen: In demokratischen Verhältnissen aufzuwachsen und respektvollen Umgang als selbstverständlich zu erfahren, bildet eine wesentliche Grundlage für die Bildung belastbarer demokratischer Einstellungen und Verhaltensgewohnheiten. Darüber hinaus erfordert die Entwicklung demokratischer Handlungskompetenz Wissen über Prinzipien und Regeln, über Fakten und Modelle sowie über Institutionen und historische Zusammenhänge.

7. Ganz besonders stellt Demokratie lernen ein grundlegendes Ziel für Schule und Jugendbildung dar. Das ergibt sich zuerst aus deren Aufgabe, Lernen und Entwicklung aller Heranwachsenden

zu fördern. In welchem Verhältnis Einbezug und Ausgrenzung, Förderung und Auslese, Anerkennung und Demütigung, Transparenz und Verantwortung in der Schule zueinander stehen, entscheidet darüber, welche Einstellung Jugendliche zur Demokratie entwickeln und wie sinnvoll, selbstverständlich und nützlich ihnen eigenes Engagement erscheint.

8. Demokratie wird erfahren durch Zugehörigkeit, Mitwirkung, Anerkennung und Verantwortung. Diese Erfahrung bildet eine Grundlage dafür, dass Alternativen zur Gewalt wahrgenommen und gewählt werden können und dass sich Vertrauen in die eigene Handlungsfähigkeit (Selbstwirksamkeit) und die Bereitschaft, sich für Aufgaben des Gemeinwesens einzusetzen, ausbilden können. Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bei Jugendlichen sind auch die Folge fehlender Erfahrung der Zugehörigkeit, mangelnder Anerkennung und ungenügender Aufklärung.

9. Die Forderung, Demokratie lernen und Demokratie leben in der Schule miteinander zu verbinden, hat Konsequenzen für Ziele, Inhalte, Methoden und Umgangsformen in jedem Unterricht sowie für die Leistungsbewertung. Daraus folgt die Bedeutung des Projektlernens als einer grundlegend demokratisch angelegten pädagogischen Großform. Demokratie lernen und leben in der Schule impliziert die Forderung, Mitwirkung und Teilhabe in den verschiedenen Formen und auf den verschiedenen Ebenen des Schullebens und der schulischen Gremien zu erproben und zu erweitern und verlangt die Anerkennung und Wertschätzung von Aktivitäten und Leistungen, mit denen sich Schüler und Lehrer über die Schule hinaus an Aufgaben und Problemen des Gemeinwesens beteiligen.

10. Erziehung zur Demokratie und politische Bildung stellen für die Schule, besonders für Lehrerinnen und Lehrer, eine Aufgabe von zunehmender gesellschaftlicher Dringlichkeit dar. (...)

*Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik
Magdeburg, den 26. Februar 2005, Auszüge. www.degede.de*

Lehrer, Eltern

M2 Klärungen

1. Wie wünsche ich mir die Zukunft der Gesellschaft?

2. Welche Werte sind mir wichtig?

3. Welche Werte möchte ich den Kindern nahe bringen?

4. Welche Kompetenzen brauchen Kinder, um die Welt von morgen aktiv mitgestalten zu können?

5. Trägt meine pädagogische Praxis dazu bei, dass Kinder Selbstvertrauen aufbauen?

6. In welcher Weise Sorge ich dafür, dass die Kinder lernen, sich selbst und andere zu achten?

7. Was tue ich dafür, dass die Kinder fair miteinander umgehen?

8. Wie lernen sie, ihre Interessen und Bedürfnisse auszuhandeln?

9. Beteilige ich die Kinder an den vielfältigen Entscheidungen im Alltag?

10. Welche Anregungen gebe ich ihnen, um sie in ihrem Selbstbildungsprozess zu fördern?

Vgl. Evelyne Höhme-Serke: Demokratie leben in Kindergarten und Schule. In: Peter Rieker (Hrsg.): Der frühe Vogel fängt den Wurm!? Soziales Lernen und Prävention von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Kindergarten und Grundschule. Halle 2004, S. 70.

Lehrer, Eltern

M3 Formen von Partizipation

Repräsentative Formen

Repräsentative Formen der Beteiligung sind dadurch gekennzeichnet, dass eine Gruppe von Kindern stellvertretend für andere Themen bearbeitet, plant und Entscheidungen fällt, z.B. in einem Kinderparlament oder einem Kinderrat. Die Vertretungen können gewählt werden oder aus allen Kindern einer bestimmten Altersgruppe bestehen. Repräsentative Formen eignen sich besonders für größere Einrichtungen.

Offene Formen

Offene Formen der Beteiligung stehen allen Kindern zur Verfügung, die sich von einem Thema betroffen fühlen. Dies kann in Form einer Kindervollversammlung geschehen (alle Kinder einer Einrichtung), einer Kindergruppenversammlung (die Versammlung aller Kinder einer Gruppe) oder einer Kinderkonferenz (die Versammlung aller Kinder, die sich für ein bestimmtes Thema interessieren). Offene Beteiligungsformen eignen sich besonders für kleinere Einrichtungen oder Beteiligungsverfahren innerhalb der Gruppe

Projektorientierte Formen

Projektorientierte Formen der Beteiligung bieten sich an, wenn es um die punktuelle Beteiligung von Kindern an Planungen und Entscheidungen geht. Dies können Raumplanungen sein, Entwicklung von Stadtteilplänen, Vorbereitung eines Festes etc. Eine bekannte projektorientierte Beteiligungsform insbesondere für Planungen ist die Zukunftswerkstatt.

Reingard Knauer: Kindergarten als „Kinderstube der Demokratie“. Partizipation als Schlüssel für Bildungsprozesse. In: Theorie und Praxis der Sozialpädagogik, Heft 5/6-2006, S. 53 ff., Auszüge, leicht verändert.



Lehrer, Eltern

M4 Anforderungen an Partizipation

Subjektorientierte Pädagogik versteht Partizipation als ein Recht der Kinder, aber auch als eine Verpflichtung für die Erwachsenen. Damit Partizipation gelingt, sind vor allem folgende Aspekte zu berücksichtigen, die sowohl Standards der Struktur-, als auch der Prozessqualität ansprechen:

Strukturell verankert

Partizipation muss strukturell verankert sein (z.B. in Kinderbeiräten). Nur so ist die Beteiligung der Kinder unabhängig von der Laune der Erwachsenen möglich. Nur so wird aus der „Gnade auf Partizipation“ ein „Recht auf Partizipation“.

Informiertheit

Die Kinder müssen über ihre Beteiligungsrechte in der Schule informiert sein.

Symmetrische Kommunikation

Partizipation basiert auf der Bereitschaft und Fähigkeit zu symmetrischer Kommunikation. Die Beteiligten artikulieren in Partizipationsprozessen ihre subjektiven Sichtweisen und Interessen, versuchen die der anderen zu verstehen und handeln gemeinsame Lösungen aus.

Anerkennung von Verschiedenartigkeit

Gleiche Rechte bedürfen der Anerkennung der Verschiedenheit. Mädchen und Jungen, Kinder aus Familien mit unterschiedlichen kulturellem Hintergrund oder verschiedenen Bildungsmilieus brauchen spezifische Zugänge zur Partizipation. Partizipation ist nur zielgruppenorientiert möglich.

Bereitschaft zur Offenheit

Partizipation erfordert die Bereitschaft zur Offenheit und setzt die Möglichkeiten echter Alternativen voraus. In Beteiligungsverfahren weiß man eben

nicht, welche Ergebnisse am Ende des Prozesses stehen. Hier wird deutlich, dass Partizipation immer auch die Machtfrage zwischen Erwachsenen und Kindern tangiert. Aus diesem Grund ist es am Anfang oft sinnvoll, sich im Team zunächst darüber zu verständigen, worüber die Kinder auf jeden Fall mitentscheiden sollen und worüber auf keinen Fall.

Konfliktbereitschaft und Konfliktfähigkeit

Das Aushandeln unterschiedlicher Interessen ist immer auch mit Konflikten verbunden. Partizipation braucht daher (zunächst bei den Erwachsenen) Konfliktbereitschaft und Konfliktfähigkeit.

Vertrauensvorschuss

Partizipation von Kindern basiert auf einem Vertrauensvorschuss. Kindern wird Verantwortung zugestrahlt.

Recht auf Scheitern

Damit verbunden ist das Recht auf Scheitern. Es gibt keine Erfolgsgarantie für Partizipation.

Reingard Knauer: Kindergarten als „Kinderstube der Demokratie“. Partizipation als Schlüssel für Bildungsprozesse. In: Theorie und Praxis der Sozialpädagogik, Heft 5/6-2006, S. 53 ff., Auszüge, leicht verändert.



Lehrer, Eltern

M5 Checkliste demokratische Kultur in der Schule

Diskussionskultur

- Werden kontroverse Themen als Unterrichtsinhalte angesprochen?
- Wird diskutiert oder lediglich informiert?
- Wie wird mit den Meinungen der Schüler umgegangen?

Diskutieren Sie diese Punkte und beziehen Sie sie soweit möglich auf ...

- einzelne Klassen,
- das Kollegium,
- die gesamte Schule.

Eigenverantwortung

Werden den Schülerinnen und Schülern Möglichkeiten zur eigenständigen Arbeit gegeben?

- In welchem Ausmaß?
- In welcher Organisationsform?

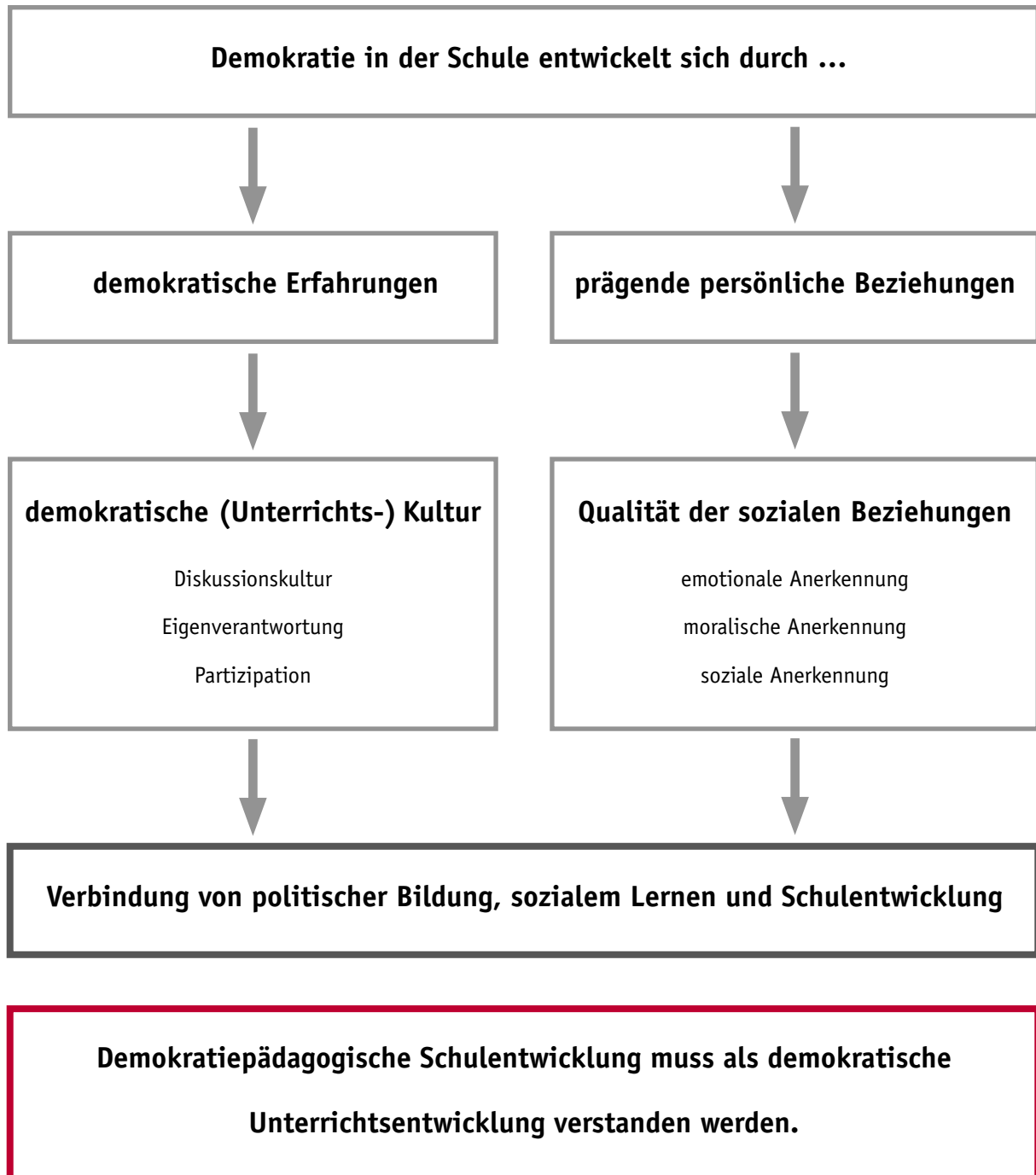
Lehrer, Eltern

Partizipation

In welchem Umfang haben die Schülerinnen und Schüler Mitbestimmungsmöglichkeiten

- bei der Auswahl von Unterrichtsinhalten?
- von Schwerpunkten in einem vorgegebenen Thema?
- bei der Auswahl der Arbeitsformen?
- bei der Lösung von Konflikten zwischen Schülerinnen und Schülern?

M6 Demokratie in der Schule



Sven Gänger in Kursiv 2/05, S. 54 ff.

M7 Prinzipien für die Partizipation mit Kindern

1. Begleitung

Partizipation bedeutet, dass Kinder von Erwachsenen begleitet werden. Es genügt nicht, Kindern Entscheidungsspielräume einzuräumen und sie dann damit allein zu lassen. Die Entwicklung notwendiger Partizipationsfähigkeiten muss aktiv unterstützt werden. Oft fehlen Kindern der Zugang zu Informationen oder alternative Erfahrungen, die erst eine wirkliche Entscheidung ermöglichen.

2. Gleichberechtigter Umgang

Partizipation erfordert einen gleichberechtigten Umgang, keine Dominanz der Erwachsenen. Auf der inhaltlichen Ebene muss die Expertenschaft der Kinder für ihre Lebensräume, ihre Empfindungen, ihre Weltsicht uneingeschränkt anerkannt werden. Die Erwachsenen sollten ihnen mit Neugier und Interesse begegnen. Für den Prozess und für dessen Transparenz tragen allerdings ausschließlich die Erwachsenen die Verantwortung. Sie müssen die Kinder dabei unterstützen, eine Gesprächs- und Streitkultur zu entwickeln. Und sie müssen gewährleisten, dass eine „dialogische Haltung“ – vor allem auch von den beteiligten Erwachsenen selbst – eingehalten wird.

3. Verbindlichkeit

Partizipation darf nicht folgenlos bleiben. Dies bedeutet eine hohe Verbindlichkeit der beteiligten Erwachsenen, die sich darüber Klarheit verschaffen müssen, welche Entscheidungsmöglichkeiten die Kinder tatsächlich haben (sollen), und die diese offenlegen müssen. Selbstverständlich kann die Umsetzung einer gemeinsam getroffenen Entscheidung scheitern.

Aber zum Zeitpunkt der Entscheidungsfindung sollte es eine realistische Chance zur Realisierung innerhalb eines für die Kinder überschaubaren Zeitraums geben.

4. Zielgruppenorientierung

Partizipation ist zielgruppenorientiert. Kinder sind nicht alle gleich. Die Erwachsenen sollten sich darüber klar sein, mit wem sie es jeweils zu tun haben. Kinder aus Elementar- oder Hortgruppen, Jungen oder Mädchen, Kinder unterschiedlicher ethnischer Herkunft, Kinder mit und ohne Handicaps bringen unterschiedliche Wünsche und Bedürfnisse und unterschiedliche Fähigkeiten zur Beteiligung mit.

5. Lebensweltorientierung

Partizipation ist lebensweltorientiert. Das betrifft in erster Linie die Inhalte, aber auch die Beteiligungsmethoden. Die Thematik muss die Kinder etwas angehen. Dies kann durch unmittelbare Betroffenheit der Fall sein: bei der Frage, ob der tote Vogel, den ein Kind gefunden hat, beerdigt oder sezirt werden soll, genauso wie bei der Planung des Außengeländes. Es kann aber auch um Themen gehen, die für Kinder zwar Bedeutung haben (werden), sie aber nur mittelbar betreffen, wie das bei vielen ökologischen Themen der Fall ist.

Rüdiger Hansen in: Ministerium für Justiz, Frauen, Jugend und Familie des Landes Schleswig-Holstein (Hrsg.): Die Kinderstube der Demokratie. Partizipation in Kindertagesstätten. Begleitbroschüre zum gleichnamigen Videofilm von Lorenz Müller und Thomas Plöger, Kiel 2003.

M8 Demokratisches Verhalten lernen

1. Förderliche Lehr- und Lernsituationen

- Anerkennung und Akzeptanz.
- Räume, die autonom genutzt werden können.
- Setzen von Grenzen, Effekte von Grenzüberschreitung erfahren lassen.
- Ermöglichung von Auseinandersetzungen.

2. Erfahrungen und Verhalten in Gemeinschaften

- Eine Führung in einer Gruppe übernehmen.
- Den Gegenpol zu den sozialen Zielen der Gemeinschaft repräsentieren.

3. Gruppenstrukturen

- Erlernen von Diskussionsritualen.
- Delegation der Vertretung von Gruppeninteressen an Gruppen-, Klassensprecher.
- Angebot von Mitbestimmungsgremien.
- Aufforderung zur Beteiligung an Kinder- und Jugendparlamenten

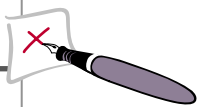
Vgl. Christian Büttner, Bernhard Meyer (Hrsg.): Lernprogramm Demokratie. München 2000.



Lehrer, Eltern

M9 Mitbestimmung zu Hause – 1

| Ich bestimme zu Hause mit ... | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 |
|---|---|---|---|---|---|
| wie lange ich telefoniere | | | | | |
| um welche Uhrzeit ich nach Hause komme | | | | | |
| wobei ich im Haushalt mithelfe | | | | | |
| was es zu essen gibt | | | | | |
| ob ein Haustier angeschafft wird | | | | | |
| um welche Uhrzeit wir essen | | | | | |
| wie viel Taschengeld ich bekomme | | | | | |
| wofür ich mein Taschengeld ausgabe | | | | | |
| wie lange ich mit dem Handy telefoniere | | | | | |
| ob ich Freunde einlade | | | | | |
| wie mein Zimmer aussieht | | | | | |
| ob ich bei Freunden übernachte | | | | | |
| wie lange ich im Internet bin | | | | | |
| ob Freunde bei mir übernachten | | | | | |



1 = ich bestimme nie mit, 5 = ich bestimme immer mit.

M9 Mitbestimmung zu Hause – 2

| Entscheidungen, die Eltern direkt betreffen | Mittelwert |
|---|------------|
| wie lange ich im Festnetz telefoniere _____ | 3,9 |
| um welche Uhrzeit ich abends nach Hause komme _____ | 3,7 |
| wobei ich im Haushalt mithelfe _____ | 3,5 |
| was es zu essen gibt _____ | 3,5 |
| ob ein Haustier angeschafft wird _____ | 3,3 |
| um welche Uhrzeit wir essen _____ | 2,8 |
| wie viel Taschengeld ich bekomme _____ | 2,8 |

| Entscheidungen, die die Eltern nicht direkt betreffen | |
|--|-----|
| wofür ich mein Taschengeld ausgabe _____ | 4,8 |
| ob ich Freunde einlade _____ | 4,6 |
| wie lange ich mit dem Handy telefoniere _____ | 4,5 |
| wie mein Zimmer aussieht _____ | 4,4 |
| ob ich bei Freunden übernachte _____ | 4,2 |
| wie lange ich im Internet bin _____ | 4,1 |
| ob Freunde bei mir übernachten _____ | 4,1 |

Jugendliche 12 – 18 Jahre.

1 = ich bestimme nie mit, 5 = ich bestimme immer mit.

Die Eltern sind offenbar weniger bereit, ihre Kinder dann mitbestimmen zu lassen, wenn es sich um Themen und Bereiche handelt, bei denen sie selbst mitbetroffen sind, d.h. bei denen sie von ihrer Verfügungsmacht einen Teil abgeben müssen.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Kinder- und Jugendpartizipation in Deutschland. Daten, Fakten, Perspektiven. Gütersloh 2005, S. 14.

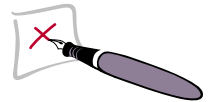
Lehrer, Eltern

M10 Mitbestimmung in der Schule – 1

Hier können wir unsere Meinung sagen und mitreden.

Kreuze an:

- Sitzordnung im Klassenzimmer
- Ausgestaltung des Klassenzimmers
- Auswahl von Klassenfahrtzielen
- Gestaltung des Unterrichts
- Auswahl von Unterrichtsthemen
- Festlegung der Regeln im Unterricht
- Festlegung von Terminen für Klassenarbeiten
- Leistungsbewertung / Notengebung
- Festlegung von Hausaufgaben



Hier würde ich auch gerne mitreden:

Unterricht

M10 Mitbestimmung in der Schule – 2

Einbeziehung der Schüler bei Entscheidungen im Unterricht

| Entscheidungen, die die Lehrer nicht direkt betreffen | Prozent |
|---|---------|
| Sitzordnung im Klassenzimmer | 76,4 |
| Ausgestaltung des Klassenzimmers | 72,9 |
| Auswahl von Klassenfahrtzielen | 72,4 |

| Entscheidungen, die die Lehrer direkt betreffen | Prozent |
|---|---------|
| Gestaltung des Unterrichts | 54,4 |
| Auswahl von Unterrichtsthemen | 51,0 |
| Festlegung der Regeln im Unterricht | 50,9 |
| Festlegung von Terminen für Klassenarbeiten | 49,0 |
| Leistungsbewertung / Notengebung | 35,9 |
| Festlegung von Hausaufgaben | 24,3 |

Schüleraussagen zur Beteiligung in Prozent. Als „einbezogen“ gilt auch, wenn sie „ihre Meinung sagen“ können, hingegen nicht, wenn sie lediglich „informiert“ werden.

*Bertelsmann Stiftung (Hrsg.):
Kinder- und Jugendpartizipation in
Deutschland. Daten, Fakten, Pers-
pektiven. Gütersloh 2005, S. 15.*

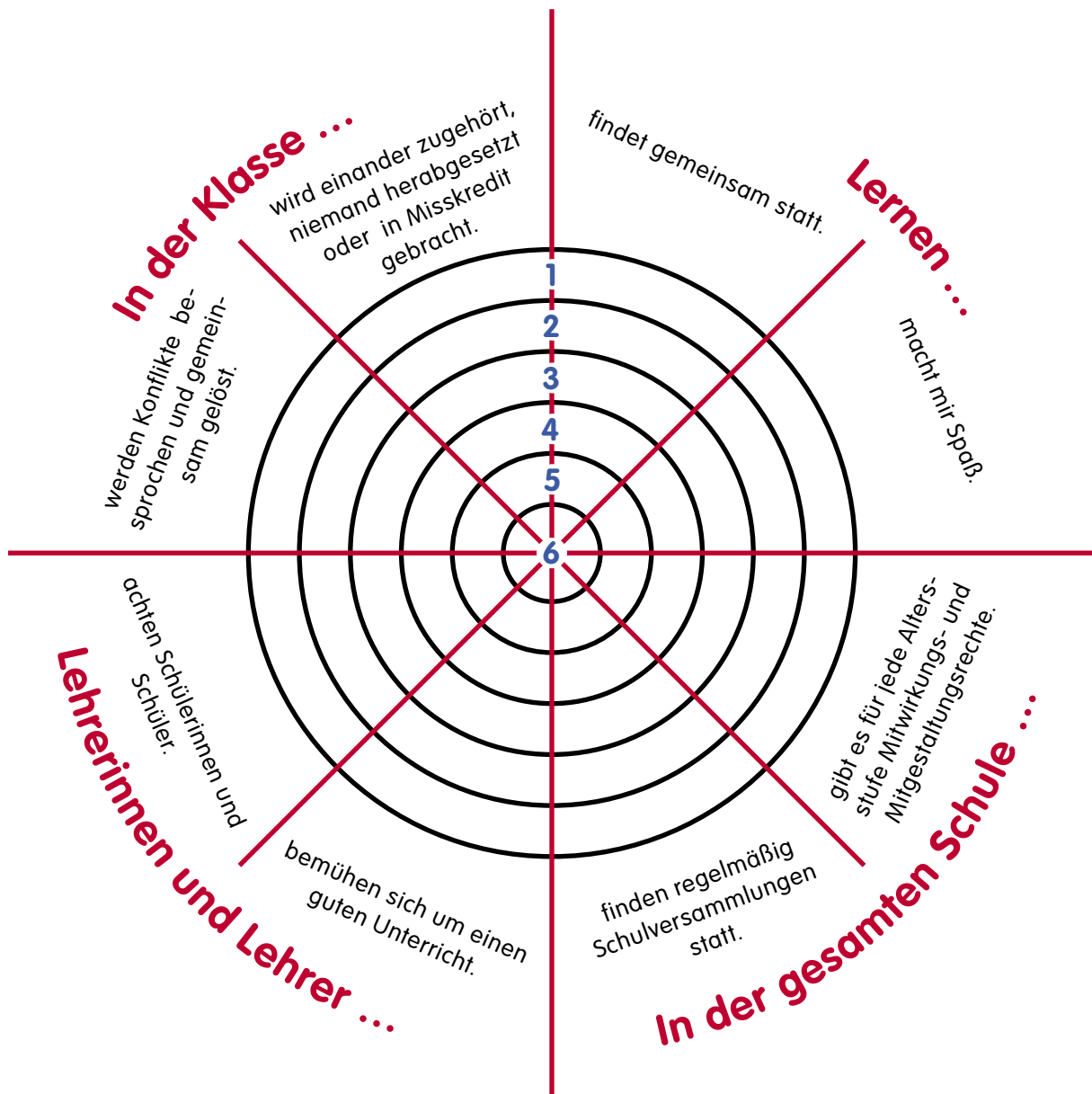
Lehrer, Eltern

Die Sichtweise von Lehrern und Schülern geht auseinander.

Überraschend und aufschlussreich zugleich ist, dass die befragten Lehrer (wohlgemerkt: Es handelt sich um diejenigen, die auch die befragten Schüler unterrichten) durchweg angeben, dass sie die Schüler in weitaus höherem Maße bei Entscheidungen im Unterricht einbeziehen.

| Beteiligungsmöglichkeiten | Lehrer | Schüler |
|---|--------|---------|
| Sitzordnung im Klassenzimmer | 98,5 | 76,4 |
| Ausgestaltung des Klassenzimmers | 98,2 | 72,9 |
| Auswahl von Klassenfahrtzielen | 97,4 | 72,4 |
| Auswahl der Unterrichtsform | 85,9 | 54,4 |
| Auswahl von Unterrichtsthemen | 89,7 | 51,0 |
| Festlegung von Regeln im Unterricht | 98,1 | 50,9 |
| Festlegung von Terminen für Klassenarbeiten | 90,7 | 49,0 |
| Leistungsbewertung / Notengebung | 88,9 | 35,9 |
| Festlegung der Hausaufgaben | 76,6 | 24,3 |

M11 Demokratieprofil



6 = trifft voll zu, 1 = trifft überhaupt nicht zu

Diese Scheibe kann auch auf Folie kopiert und projiziert werden, so dass jede Schülerin / jeder Schüler seine Wahl mit Hilfe von Klebepunkten trifft.

M12 Was meinst Du dazu?

1. Das Fußballspiel

Im Pausenhof spielen fünf Jungs Fußball. Anna möchte mitspielen. Einer der Jungs sagt: „Fußball ist nur ein Spiel für Männer.“

- Was würdest Du dem Jungen an Annas Stelle antworten?
- Ist das Verhalten der Jungs fair?
- Was könnte Anna in einer solchen Situation tun?

2. Der Schulausflug

Die Klasse redet über die Ziele für den Schulausflug. Es gibt drei verschiedene Vorschläge, aber die Klasse kann sich nicht einigen. Darauf hin sagt die Lehrerin: „Dann entscheide ich eben alleine, wo der Ausflug hin geht“.

- Was meinst Du zum Verhalten der Lehrerin?
- Wie hätte die Klasse zu einer Entscheidung kommen können?

3. Der Klassensprecher

Max macht den Vorschlag, dass die Klasse einen Klassensprecher oder eine Klassensprecherin wählen soll. Klaus meint, „Wozu ist das denn notwendig. Es kann doch jeder selbst sagen, was er denkt“.

- Was hältst Du von dieser Meinung?
- Wozu kann ein Klassensprecher / eine Klassensprecherin nützlich sein?
- Wärest Du bereit, Dich wählen zu lassen?

M13 Nonverbale Beteiligungsmöglichkeiten

Einwerfen

Die Kinder werfen Gegenstände entsprechend ihrer Wertung in ein symbolisch gekennzeichnetes Behältnis ein. Behältnisse: Bonbongläser, Pappkartons, Plastikröhren, Toilettenpapierrollen, Kreis auf dem Boden, große Joghurtbecher, alte Gummistiefel etc.

Symbole: Ampel grün/Ampel rot; lachende/traurige Gesichter; ein Stern/viele Sterne; Gewitterwolke/Sonne. Gegenstände: Kastanien, Walnüsse, Eicheln, Knöpfe, Steine, Eiswürfel, Stöckchen, Muggelsteine, Kirschkern, Bausteine, Gänseblümchen. Es ist wichtig, das Ergebnis für die Kinder sichtbar zu machen. Dafür können z.B. unterschiedlich lange Kastanien-Schlangen gelegt oder Bausteine zu verschiedenen großen Türmen aufgehäuft werden. Wenn Eiswürfel verwendet werden, können – sobald diese getaut sind – die Wasserstände der damit symbolisierten Antworten miteinander verglichen werden.

Positionieren

Die Kinder suchen sich auf einer „von-bis-Strecke“ eine ihrem Urteil entsprechende Position aus.

„Von-bis-Strecke“: Kreidestrich, Seil, Sandweg, Berg, Klettergerüst, Treppe.

Die Positionierung kann mit der eigenen Person oder einem beliebigen Gegenstand (Schuh, Mensch-ärgere-dich-nicht-Figur, Aufkleber, Schuhkarton etc.) erfolgen.

Ampelkarten

Die Kinder halten entsprechend der Fragestellung eine Farbkarte nach oben: rot = nein bzw. Ablehnung; gelb = weiß nicht bzw. Mittelwert; grün = ja bzw. Zustimmung.

Stehen – Sitzen

Die Kinder können zu den gestellten Fragen durch Aufstehen (= Zustimmung) und auf dem Boden sitzen bleiben (= Ablehnung) ihre Meinung ausdrücken. Einige Kinder beginnen von selbst eine mittlere Position wie das Hocken einzunehmen, wenn sie sich nicht entscheiden können oder wollen.

Meinungskärtchen

Hierbei werfen die Kinder in gekennzeichnete Kästen (die bspw. in den Ampelfarben angemalt sind) ein Meinungskärtchen ein. Auf diesen Kärtchen ist eine mögliche Meinung formuliert, zu der sich die Kinder positionieren müssen. Bei jüngeren Kindern werden die Kärtchen vorgelesen. Dieses Verfahren ist in der Vorbereitung sehr aufwändig.

Stimmungswand

Unter einer bestimmten Fragestellung setzt jedes Kind einen Klebepunkt in ein Feld seiner Wahl: Die Sonne symbolisiert „gut – prima“, die von einer Wolke etwas verdeckte Sonne „in Ordnung“, die Regenwolke „bisschen blöd“ und das Gewitter „total doof“.

Bianca Parschau: Evaluation pädagogischer Praxis aus der Perspektive von Kindern – Fragen und Anregungen zur Datenerhebung. In: Peter Rieker (Hrsg.): Der frühe Vogel fängt den Wurm. Soziales Lernen und Prävention von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Kindergarten und Schule. Halle 2004, S. 92 f.

M14 Verbale Beteiligungsmöglichkeiten

Wortkette

Nach dem Muster des Spiels „ich packe einen Koffer ...“ vervollständigen die Kinder einen vorgegebenen Satzanfang (z. B: „Wenn ich an ... denke, dann) Das nächste Kind in der Reihe muss den Satz des Vorgängers wiederholen und einen eigenen Teilsatz hinzufügen. Je nach Alter der Kinder sollte die Anzahl der zu wiederholenden Sätze an das Alter der Kinder angepasst sein.

Händedruck

Alle Kinder stehen im Kreis und schließen die Augen. Dann wird eine Frage gestellt: „Was fällt dir ein, wenn du an ... denkst?“ Jetzt sollen sich die Kinder die ein bis maximal drei Wörter merken, die ihnen spontan als Stichworte dazu einfallen. Dann wird die Frage noch einmal laut gestellt. Das erste Kind nennt seine Worte und drückt danach die Hand des Nachbarn, der dann seine Stichworte nennt und den Händedruck weitergibt.

Fadennetz

Ein Wollknäuel wird von Kind zu Kind geworfen, wobei sich der Faden durch das Festhalten nach und nach abrollt. Wer das Knäuel hat, kann die gestellte Frage beantworten. Zum Schluss entsteht ein großes Fadennetz. Beim zweiten Durchgang – das Knäuel wird auf dem gleichen Weg zurückgeworfen und aufgerollt – beantworten die Kinder eine andere Frage. Wer nicht antworten möchte, kann das Knäuel auch wortlos weitergeben. Die Kinder können reden, solange sie das Knäuel haben – die Meinung sollte nicht kommentiert werden.

Gefühlswürfel

Die Kinder würfeln einen Gesichtsausdruck und beziehen das abgebildete Gefühl auf eine einzelne Veranstaltung, Person oder das gesamte Projekt („Spaß hat mir gemacht ...“, Erschrocken hab ich mich als ...“).

Sternenhimmel für Wünsche und Ideen

Die Kinder schreiben oder malen in ausgeschnittene Sterne ihre Wünsche und Ideen zur Weiterführung oder Wiederholung des Projektes ein. Die Sterne werden auf ein großes blau bemaltes Plakat geklebt.

Nachrichtensendung

Die Kinder geben die aus ihrer Sicht wichtigsten Eindrücke und Perspektiven in Form einer Nachrichtensendung wieder. Den Erwachsenen kommt die Aufgabe zu, über Gestaltungsformen zu informieren: Interview, Kommentar, Zuschauerbefragung, Nachrichtenüberblick, Kurzberichte. Für ältere Kinder kann dies ein reizvoller und anspruchsvoller Auftrag sein, der durch eine Videoaufzeichnung noch spannender werden kann (und dann gleich dokumentiert ist).

Wäscheleinenausstellung

Die Kinder bringen ihre Meinung mit Worten, Bildern, Fotos, Collagen etc. aufs Papier und hängen die Ergebnisse an einer Wäscheleine auf.

Bianca Parschau: Evaluation pädagogischer Praxis aus der Perspektive von Kindern – Fragen und Anregungen zur Datenerhebung. In: Peter Rieker (Hrsg.): Der frühe Vogel fängt den Wurm. Soziales Lernen und Prävention von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Kindergarten und Schule. Halle 2004, S. 94 f., Auszüge.

M15 Kleine und große Versammlungen

Morgenkreis

Nach Schulbeginn treffen sich die Kinder in einem Morgenkreis. Sie erzählen von den Erlebnissen des Vortages oder von dem, was sie gerade bewegt. Es gibt Meldungen und Nachfragen zu diesen Berichten.

Dieser Morgenkreis hat auch die Funktion, Absprachen zu treffen und den Tag zu strukturieren. Die Lehrerin erläutert, was an diesem Tag ansteht, und die Kinder können überlegen und entscheiden, wie sie ihre Zeit und Tätigkeiten einteilen.

Auf diese Weise lernen und üben sie täglich, sich an Gesprächsregeln zu halten, anderen zuzuhören, Fragen zu stellen und zu beantworten, eigene Entscheidungen sowie Vereinbarungen mit anderen zu treffen und sich an sie zu halten.

Die große Versammlung

Anders geht es bei der sogenannten „großen Versammlung“ zu, die nach der Frühstückspause stattfindet. Dann treffen sich die jeweils benachbarten Gruppen, die in der offenen Schule auf Sichtweite nebeneinander „wohnen“, zu einem großen Kreis. Geburtstage werden gefeiert, Ansagen gemacht, Lieder gesungen, kleine Szenen vorgeführt.

Die Kinder erfahren also im Schulalltag nicht nur das Leben in der „Familie“, der kleinen altersgemischten Stammgruppe, sondern auch in der größeren Gemeinschaft, der „Nachbarschaft“. So ist es für sie später ganz normal, sich auch in Jahrgangs- oder Schulversammlungen unbefangen und selbstbewusst einzubringen.

Aus der „kleinen Versammlung“ der Stammgruppe entwickelt sich in den folgenden Jahrgängen eines der wichtigsten Rituale, zugleich eines der wichtigsten Elemente der Einübung in Demokratie. Bis hin zum Jahrgang 10 wird es praktiziert, bei den Jüngeren (Jahrgang 3 bis 5) täglich, später seltener.

Die Versammlung dauert unterschiedlich lange, je nachdem, was und wieviel anliegt, oft bis zu einer Stunde. Die Kinder würden sie wohl vor allem als ihre Zeit definieren, nicht als Unterricht. Hier kommt alles zur Sprache, was die Gruppe betrifft: Berichte, Erzählungen, Beratungen, Schlichtungsgespräche. Zugleich ist die Versammlung das Forum für Rückmeldungen und Präsentationen aus dem Unterricht. Es wird vorgelesen und diskutiert, referiert und berichtet. Bei den Größeren wird die Beratung auf diese Weise mehr und mehr versachlicht, während die Jüngeren oft mit sich selbst genug zu tun haben. Aber auch hier ist das Vorlesen und Vortragen eine Selbstverständlichkeit. – Ein Mittelding zwischen Parlament, Meckerecke, Meinungsmarkt und Forum ist die Versammlung und ganz sicher eine besonders effektive Spielart des Deutschunterrichts, umso mehr, als die Kinder dies keineswegs als solchen empfinden.

Annemarie von der Groeben: Am Kleinen das Große lernen. Erziehung zu Verantwortung und Demokratie an der Bielefelder Laborschule. In: Christian Büttner / Bernhard Meyer (Hrsg.): Lernprogramm Demokratie. Möglichkeiten und Grenzen politischer Erziehung von Kindern und Jugendlichen. München 2000, S. 115 ff, Auszüge.